53. Jahrgang. № 41. Mittwoch, 10. Februar 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf. Geschäfts-Anzeigen a. d. Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder verlegte Zeilenraum 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Alpine Volkstrachten für Kostümfeste
grösste nach dem Original richtige Auswahl im Tirolergeschäft
Jos. Flechtl aus Zillerthal, Schlossstrasse 23.

Apotheker Peters **Albumol**, aromatischer
Eier-Lebertran mit Nährsalzen
bereitet aus frischen Eiern und bestem Moyerschen Medizinaltran. Von angenehmem, nicht tranigem Geschmack, ist der Eiertran eines der besten Heilnährmittel der Gegenwart. Ueberaus wirksam bei Drüsen-, Lungen-, Halskrankheiten, Magerkeit, Körperschwäche, englischer Krankheit, Skrophulose, Hautausschlag, Rheumatismus u. s. w. Flasche 75 Pfg. und 1,50 Mk. Alleinverkauf und Versand nach auswärts.
Salomonis-Apotheke, Neumarkt 8.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

GALERIE ERNST ARNOLD 34 Schloss-Strasse. Schloss-Strasse 34.
Gemälde Louis Corinth und belgische Künstler.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Milder, zunehmende Bewölkung.

Die Berufung des Stadtrats Dr. Koch in Dresden ist vom 1. April ab erfolgt mit dem Titel und Rang als Oberregierungsrat.

In Leipzig findet im April zum Besten eines Leipziger Wagner-Denkmals ein dreitägiges Richard Wagner-Fest statt.

In dem Diebes- und Hehlerei-Prozeß in Plauen wurden die Angeklagten zu hohen Zuchthaus- bezw. Gefängnisstrafen verurteilt; sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Reichstag setzte des weiteren die Beratung des Reichsamts des Innern fort.

In Berlin kam es gestern zu groben Arbeitslosen-Exzessen.

Nach Unterschlagung von 10 000 Mark ist ein 33jähriger Buchhalter der Berliner Paketfahrt-Aktiengesellschaft flüchtig geworden.

In Dorstfeld bei Dortmund wurden zwei heftige Erderschütterungen verspürt.

Der durch den Brand der Petroleumtanks in Bleyen verursachte Schaden beträgt 4 Millionen Mark.

Die parlamentslose Zeit in Oesterreich.

Es ging nicht anders: die österreichische Regierung mußte sich wohl oder übel zu einer plötzlichen Schließung des Reichsrates versuchen, denn die Obstruktion der Tschechen vereitelte jede positive Arbeit. Das energische Vorgehen des Ministerpräsidenten verdient um so größere Anerkennung, als ihm die möglichst schleunige Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorlagen am Herzen lag, die nun für längere Zeit vertagt ist. Aber er schwankte nicht, weil der Terrorismus der Tschechen geradezu empörend war und sogar die Regierung unter das kaudinische Joch zwingen wollte. Wie bereits gemeldet, ging der Schließung des Reichsrates als unmittelbare Ursache der Konflikt der Tschechen mit dem Leiter des österreichischen Handelsministeriums, Sektionschef Mataja, voraus. Als dieser die Verfügungen der Wiener Zentralregierung zum Prager Poststreik gegen die tschechischen Angriffe verteidigte und dabei eine Bestimmung verlas, wonach innerhalb gewisser Grenzen auch die tschechische Amtssprache zulässig sei, stimmten die Tschechen bei dem Worte „zulässig" ein wahres Indianergeheul an und verlangten, daß der Sektionschef Mataja dafür eine Genugtuung gebe und um Entschuldigung bitte. Natürlich lehnte das die Regierung in Uebereinstimmung mit sämtlichen deutschen Parteien kategorisch ab und schloß, als die tschechischen Tumulte von neuem einsetzten, den Reichsrat.

Damit hat sich die österreichische Regierung seit langer Zeit wieder einmal stark gezeigt, und es ist zu hoffen, daß sie auch weiterhin den Tschechen gegenüber festbleibt. Es wäre auch wirklich der Anfang vom Ende gewesen, wenn sie den Dr. Mataja zum Widerruf bewogen und damit den tschechischen Uebermut ins Maßlose gesteigert hätte. Erreicht hätte man für den parlamentarischen Frieden doch nichts, weil die Tschechen von Anfang an gewillt waren, die Sprachengesetz-Entwürfe für Böhmen zu Fall zu bringen. Obwohl sie immer heuchlerisch betont haben, daß auch sie den nationalen Frieden mit den Deutschen in Böhmen wollen, setzten sie mit der gewalttätigen Obstruktion genau in dem Augenblick ein, wo zur Verständigung zwischen den beiden feindlichen Volksstämmen geschritten werden sollte. Das ist überaus bezeichnend für die Brutalität der tschechischen Politik; bezeichnend auch für ihre nationale Angriffslust den Deutschen gegenüber. Denn während die deutschen Abgeordneten immer nur zur Obstruktion griffen, wenn ärgste Bedrängnis über sie hereinbrach, wie z. B. zur Zeit der Badenischen Sprachenverordnungen, haben die Tschechen jetzt wieder einmal den österreichischen Parlamentarismus lahmgelegt, weil sie die deutsche Sprache aus Prag ausmerzen, den Gebrauch der tschechischen Sprache auch im rein deutschen Sprachgebiet ausdehnen und nicht zulassen wollen, daß die deutschen Bezirke und Kreise in Böhmen durch die regierungsseitig vorgeschlagene feste nationale Abgrenzung ihrer Begehrlichkeit entzogen werden. Volle Klarheit über diese Motive der Obstruktion schaffte der Jungtschechenführer Kramarz, der sich bei der allgemeinen Debatte über die Regierungsentwürfe gegen die feste nationale Abgrenzung in Böhmen mit der Bemerkung wandte, daß die Bevölkerungsverhältnisse ja doch „in fortwährendem Flusse befindlich" seien. Wer die Dinge übersieht, weiß, daß die Tschechen eine fabelhafte Geschicklichkeit besitzen, die Bevölkerungsverhältnisse zu ihren Gunsten in Fluß zu bringen. Das ist es gerade, was die Deutschen für die Zukunft verhindern wollen.

Mit der Schließung des Reichsrates ist ein Interim geschaffen, dessen Dauer noch nicht abzusehen ist. Die Regierung hat zwar in einer offiziösen Erklärung ausgeführt, daß sie auf die Einsicht der Volksvertretung vertraue und sich der Hoffnung hingebe, den Reichsrat nach vier bis sechs Wochen wieder einberufen zu können. Aber ob das möglich sein wird, ist eine andere Frage, denn die deutschen Abgeordneten sind jetzt entschlossen, trotz aller Friedensliebe der Ehre und den Rechten des eigenen Volksstammes in Böhmen nicht das Geringste zu vergeben. Bleibt abzuwarten, ob die Tschechen sich zu einem entgegenkommenden Standpunkt bequemen werden. Vorläufig fühlen sie sich als Sieger, insofern das böhmische Sprachengesetz augenblicklich nicht beraten wird. Aber vielleicht werden sie doch — eine gleichmäßig feste Haltung der österreichischen Regierung vorausgesetzt — zu der Ueberzeugung kommen, daß ihre Obstruktion ein Schlag ins Wasser gewesen ist, weil Oesterreich im höheren politischen Interesse nun einmal nicht um eine Verständigungsaktion in Böhmen herumkann, um eine Verständigung, bei der Licht und Schatten gleichmäßig zwischen Deutschen und Tschechen verteilt sind. Man kann über die österreichischen Regierungsentwürfe in dieser Sache denken, wie man will, und Einzelheiten tadeln, aber man wird zugeben müssen, daß sie einen guten und brauchbaren Kern enthalten, an den man bei den weiteren Beratungen hätte anknüpfen können. Wenn die Tschechen es nicht getan haben, so zeigt das nur ihre politische Kurzsichtigkeit und ihren Mangel an gutem Willen. Sie treiben mit ihrer blindwütigen Obstruktion Oesterreich nur der Herrschaft des ominösen Notparagraphen 14 in die Arme. Das wäre um so unverantwortlicher, als eine Reihe wichtigster politischer, sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben in Oesterreich der Erledigung harrt: das Budget, das Rekrutengesetz, die Vorlage über die Annexion Bosniens und der Herzegowina, das Gesetz über die Sozialversicherung und das böhmische Sprachengesetz. Hierbei die parlamentarische Mitwirkung gewaltsam auszuschalten, werden die Tschechen denn doch nicht wagen, sie würden sich sonst sogar in den Reihen der eigenen Wähler um allen Kredit bringen. Deshalb darf man auch annehmen, daß sie beim Neuzusammentritt des Reichsrates ihre Obstruktion einstellen werden.

Die Regierung ist diesmal in der stärkeren Position: sie hat alles versucht, um den nationalen Frieden herzustellen; wenn die Tschechen sich dauernd weigern, die dargebotene Vermittlerhand der Regierung zu ergreifen, so fällt die ganze schwere Verantwortung auf sie. Schließlich hat das Kabinett Bienerth auch Zeit, die Gemüter sich beruhigen zu lassen, denn bis zum April kann es die Wiedereinberufung des Reichsrates in aller Gelassenheit hinausschieben. Kommt Zeit, kommt Rat! Unterdes arbeitet Baron von Bienerth daran, sich ein neues Kabinett zu bilden; es soll ein Beamtenministerium von hervorragenden Verwaltungsqualitäten werden, um allen Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Sicher wird es sich vor schwere Aufgaben gestellt sehen, denn wenn die Tschechen nicht bald klein beigeben sollten, bleibt nur die Verwaltung des Landes mit Hilfe des Notparagraphen 14 oder die Reichsratsauflösung mit daran anschließenden Neuwahlen übrig. Aber selbst, wenn diese schlimmsten Fälle nicht eintreten, wird es kein leichtes sein, die parlamentarische Maschine in Oesterreich nach so heftigen Störungen wieder arbeitsfähig zu machen. Die Situation würde sich bei Wiederaufnahme der Reichsratsverhandlungen übrigens nicht ungünstig für einen glatten Verlauf der parlamentarischen Geschäfte gestalten, vorausgesetzt, daß auf allen Seiten ein ehrlicher Arbeitswille vorhanden ist. Zwar sind infolge des plötzlichen Sessionsschlusses sämtliche eingebrachten und teilweise beratenen Regierungsvorlagen unter den Tisch gefallen, dafür aber auch sämtliche Dringlichkeitsanträge in Wegfall gekommen. Es würde also in der neuen Session möglich sein, unmittelbar nach Wiedereinberufung des Reichsrates im Wege von Dringlichkeitsanträgen den neu einzureichenden Regierungsvorlagen die Priorität der parlamentarischen Verhandlung zu sichern.

Neueste Drahtmeldungen vom 9. Februar.

Das englische Königspaar in Berlin.

Berlin. Bei der Familientafel im kleinen Speisesaale saß der Kaiser neben der Königin. Rechts von dieser folgten der Kronprinz, Prinzessin Eitel Friedrich, Prinz August Wilhelm, Prinz Oskar; links vom Kaiser Prinzessin Heinrich, Prinz Adalbert, Prinzessin Viktoria Luise, Prinz Joachim. Gegenüber saß der König neben der Kaiserin, auf welche Prinz Heinrich, Prinzessin August Wilhelm und Prinz Adolf zu Schaumburg folgten; links vom Könige saßen die Kronprinzessin, Prinz Eitel Friedrich und Prinzessin Adolf zu Schaumburg. Gleichzeitig war Marschallstafel im Elisabethsaale.

Berlin. Der Kaiser hat dem englischen Botschafter Sir William Gschen das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Lordmayor von London hat an den Oberbürgermeister Kirschner folgendes Telegramm gerichtet: „Die Stadt London nimmt Anteil an der glücklichen und aussichtsreichen Gelegenheit, die Ausdrücke der herzlichen Gefühle zu erneuern, und richtet dabei ihren Blick zurück auf den liebenswürdigen Besuch der Mitglieder der Berliner Stadtverwaltung vor zwei Jahren."

Berlin. Vor dem Palais des alten Kaisers Wilhelm ereignete sich beim Einzug König Eduards ein kleiner Zwischenfall. Die beiden Pferde vor dem Wagen, in dem die Kaiserin mit der Königin Alexandra saß, scheuten ein wenig bei dem lärmenden Durcheinander der verschiedenen Regimentskapellen und den Hurrarufen der Menge. Sie wollten nicht weiter auf dem dicht gestreuten Kies und Oberstallmeister Frhr. v. Reischach, der neben dem Wagen ritt, rief einigen rasch hinzuspringenden Herren zu: „Schieben Sie doch ein bißchen, wir müssen weiter." Etwa ein halbes hundert Hände griffen sofort in die Speichen der Räder. Die Kaiserin sah dem kleinen Intermezzo mit freundlichem Lächeln zu. Eine halbe Minute und weiter ging der Zug dem Schloß zu. — Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich im Lustgarten, nach dem Passieren der Schloßbrücke, der ebenfalls das kaiserliche Gefährt in Mitleidenschaft zog. Die Pferde der Kutsche, die schon vorher unruhig gewesen waren, scheuten und kamen zu Fall. Die beiden Fürstinnen mußten die Karosse verlassen und stiegen in die nachfolgenden Galawagen ein. Dann setzten sie die Fahrt nach dem Schloß fort. Die gestürzten Pferde sprangen, nachdem sie abgesträngt waren, wieder auf und jagten nun in die Eskorte der Gardes du Corps hinein. Einige Mannschaften, die die Pferde aufzuhalten versuchten, wurden dabei zu Boden gerissen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In den 5 Unfallstationen, die die hiesigen Rote-Kreuz-Vereine auf der Feststraße errichtet hatten, wurden 11 Ohnmachts- und mehrere Krampfanfälle behandelt. Auch die Wagen des Verbandes für erste Hilfe mußten verschiedentlich in Tätigkeit treten.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Generaldebatte zum Etat des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. — Abg. Hug (Zentr.) erörtert die Notwendigkeit der Regulierung des Oberrheins. — Abg. v. Brockhausen (kons.) bedauert, daß nicht auch die Schmiergelderfrage in dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb geregelt werden soll. Die Frage sei durchaus spruchreif. Redner widmet sodann, wie bereits gemeldet, dem verstorbenen früheren Abgeordneten Stöcker einen kurzen, warmen Nachruf und erörtert dann die Wohnungsverhältnisse in Berlin. Nicht die Sozialdemokraten seien es, die da mit der Tat für Abhilfe besorgt seien, sondern bürgerliche Genossenschaften hätten das Verdienst, neue Ansiedlungen weiter aus der Stadt hinaus, auf dem Lande, geschaffen zu haben. Von den vorliegenden Resolutionen verlange eine Regelung des Theaterwesens, sowohl öffentlich-rechtlich, wie privatrechtlich. Daß über die polizeiliche Zensur mit Recht geklagt werde, glaube er nicht; eher könne man sagen, daß man sich heute sehr überlegen müsse, ob man seine Familie in dieses oder jenes Theater gehen lassen könne. Er lasse es dahingestellt, ob die Zensur nicht manchmal etwas zu weit gehe. Er selbst stehe aber auf dem Standpunkte, daß, wenn einem ein Stück nicht passe, er ja nicht ins Theater zu gehen brauche. Jedenfalls sei es besser, eher einmal zu scharf, als zu lax. Und was die privatrechtliche Seite anlangt, so müsse man gegenüber den Klagen der Bühnen-Angehörigen doch auch erst die andere Seite hören. Zunächst sollte man also erst den Reichskanzler noch um Erhebungen ersuchen. Weiter polemisiert Redner lebhaft gegen den Abgeordneten Neumann-Hofer wegen der beiderseitigen Stellungnahme zu der Frage der Doppelbesteuerung. Für die Angriffe, die Neumann-Hofer neulich gegen ihn bei der Beratung der Novelle zum Doppelbesteuerungsgesetze gerichtet habe, fehle ihm jeder parlamentarische Ausdruck. Zum Schluß spreche er nur noch den Wunsch aus, daß die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien sich immer mehr ausgleichen möchten zum Wohle des Vaterlandes. — Abg. Dr. Arning (natl.): Zu den Ausführungen des Staatssekretärs über Krankenversicherung und Aerztefrage muß ich vorweg bemerken, daß von nur einem einzigen System für das ganze Reich nicht die Rede sein kann, denn dazu sind die Verhältnisse in Deutschland doch zu verschieden. Zu bedenken bleibt aber ferner: infolge der Grün-